

Michael Mertes

Henning Tewes:
Germany, Civilian Power and the New Europe. Enlarging Nato and the European Union. New York 2002, Palgrave, 251 Seiten, 69,95 US-Dollar.

Wie wäre wohl die Irakkrisse verlaufen, wenn in Frankreich ein François Mitterrand und in Deutschland ein Helmut Kohl die Richtlinien der Außenpolitik bestimmt hätten? Angesichts der nachhaltigen Kollateralschäden, die sowohl das transatlantische Verhältnis als auch die politische Union Europas seit Sommer 2002 erlitten haben, ist das ein durchaus reizvolles Gedankenexperiment.

Kohl hätte seine Skepsis gegenüber einer allzu forschen Irakstrategie nicht öffentlich hinausposaunt. Ebenso wenig hätte er eine militärische Option von vornherein ausgeschlossen. Aber er hätte mit den geräuschlosen Mitteln einer intensiven Telefondiplomatie dazu beigetragen, eine gemein-

same Position der Kontinentaleuropäer zu Stande zu bringen und anschließend Tony Blair davon zu überzeugen, dass Großbritannien keinen angloamerikanischen Sonderweg gehen sollte. Die europäische Einmütigkeit hätte George Bush davon überzeugt, dass die Vereinigten Staaten besser nicht auf eine ad hoc geschmiedete „Koalition der Willigen“, sondern auf die bewährten transatlantischen Institutionen setzen sollten. Der Westen wäre gegenüber Saddam Hussein mit großer Geschlossenheit und Entschiedenheit aufgetreten – und der Gewaltherrscher von Bagdad hätte keine Chance gehabt, die Front europäisch-amerikanischer Solidarität aufzubrechen.

Dass dieses Gedankenexperiment kein bloßes Hirngespinst ist, wird jedem Leser von Henning Tewes' Buch über die deutsche Europapolitik in den neunziger Jahren sofort einleuchten. Das Erfolgsrezept deutscher Diplomatie bestand auch nach der Wiedervereini-

gung in der Nutzung multilateraler Instrumente zur diskreten Durchsetzung eigener Ziele. Nicht zuletzt deshalb engagierte sich die Bundesrepublik für den Beitritt ihrer östlichen Nachbarn zu jenen Institutionen, die in der Zeit des Kalten Krieges den Westeuropäern Sicherheit und Wohlstand garantiert hatten und dies nun auch für die Mittel- und Osteuropäer leisten sollten.

Deutschland agierte dabei als „Zivilmacht“. Mit überzeugenden Argumenten widerlegt Tewes die zum Teil sehr oberflächlichen Einwände gegen dieses Konzept. Zivilmacht ist weder Alternative noch Gegensatz zu militärischer Macht. Es geht nicht um Scheckbuchdiplomatie oder moralisierendes Gutmenschenstum, sondern um die breite Palette nichtmilitärischer Möglichkeiten, das Verhalten anderer Länder im Sinne der eigenen Interessen zu beeinflussen. Und es geht um die Ausbreitung von Stabilität durch internationale Or-

ganisationen und supranationale Strukturen. Wenn es nach dem Zweiten Weltkrieg je so etwas gegeben hat wie einen „deutschen Weg“, dann war es die Kunstfertigkeit in der Herstellung fein austasierter Mobiles.

Vor dem Hintergrund neowilhelminischer Anwendungen, die den außenpolitischen Stil von Bundeskanzler Schröder von Anfang an gekennzeichnet haben, lässt sich die Subtilität der Diplomatie von Bundeskanzler Kohl erst richtig ermessen. Sie zog das „Sowohl-als-auch“ dem „Entweder-oder“ vor. Über allem stand der Grundsatz, deutsche Einheit und europäische Einigung seien als zwei Seiten derselben Medaille zu betrachten. Die Bundesrepublik machte dieses Versprechen wahr, indem sie mit Nachdruck sowohl für die Vertiefung der europäischen Integration eintrat als auch die Erweiterung von EU und NATO nach Osten vorantrieb.

Tewes analysiert, wie die Regierung Kohl in diesem Prozess die prekäre Balance zwischen Paris und Washington sowie Moskau und Warschau immer wieder neu justierte. Die von Bonn gegen russischen Widerstand geförderte Osterweiterung der NATO ist ein Beispiel dafür, dass „gaullistische“

Erwägungen und Rücksichten auf den Partner Russland es letztlich nicht vermochten, Deutschlands „atlantische“ Loyalitäten und Rücksichten auf den Nachbarn Polen zu dominieren.

Die Regierung Schröder/Fischer hat dieses „Sowohl-als-auch“ mittlerweile in ein „Weder-noch“ verkehrt: Erst vernachlässigte sie die deutsch-französischen Beziehungen bis zum berücktigten Streitgipfel von Nizza im Dezember 2000. Dann fügte sie den deutsch-amerikanischen Beziehungen schweren Schaden zu. Um neuen Handlungsspielraum zu gewinnen, bastelte sie Anfang 2003 ad hoc eine Entente Paris-Berlin-Moskau zusammen, die wiederum Warschau zum engen Schulterschluss mit Washington trieb. Aber auch die neue Achse ist brüchig: Putin braucht Schröder nicht als ehrlichen Makler im Verhältnis zu Bush, und Chirac denkt nicht daran, die französische Kriegsoption aufzugeben.

Deutschlands einstige Fähigkeit zum Balanceakt war ein wichtiger Grund für seinen politischen Einfluss in den Vereinigten Staaten. Frankreich und Großbritannien hatten Probleme miteinander. Paris war eine treibende Kraft der europäischen In-

tegration, befand sich aber auf Distanz zu Washington. London stand Washington nahe, war aber keine treibende Kraft der europäischen Integration. Nur Bonn kam mit allen Partnern gut zurecht. Das war – neben der deutschen Wirtschaftskraft – ein einzigartiger Aktivposten, der Präsident George Bush senior im Mai 1989 dazu bewog, der Bundesrepublik eine *partnership in leadership* anzubieten. Im Epilog bescheinigt Tewes der Regierung Schröder trotz robusterer Umgangsformen eine „überwältigende Kontinuität“ zur Außenpolitik der Regierung Kohl. Dieses Fehlurteil ist dem Autor nicht vorzuwerfen: Dass alle guten Geister Schröder kurze Zeit nach Drucklegung des Buches verlassen würden, konnte niemand voraussehen.

Henning Tewes ist heute Leiter der Außenstelle Warschau der Konrad-Adenauer-Stiftung. Aus dieser Perspektive wird er sich seinen eigenen Reim auf den deutschen Zickzackkurs seit dem 11. September 2001 gemacht haben. Es wäre wünschenswert, dass Tewes diese Beobachtungen in einem Postscriptum zusammenfasst – als Schlusskapitel zu einer deutschen Ausgabe seines Buches, das heute lesenswerter ist denn je.